



Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Wisnardsstraße 237.

Nummer 36

Februat 179

Montag den 13. Februar 1928

Februat 179

63. Jahrgang

„Vereinigte Staaten von Nordeuropa“

Stockholm steht im Zeichen der „Dänischen Woche“. Der dänische Kronprinz, der Ministerpräsident und der Minister des Aeußern, die Vertreter von Kunst und Wissenschaft sind eingetroffen. Fürstliche Verlobungsgerüchte durchschwirren die Luft, werden pflichtschuldigst bestritten und tauchen immer wieder auf, sobald sich der dänische Kronprinz neben der anmutigen Prinzessin Ingrid von Schweden sehen läßt; im Theater, wo eine dänische Truppe auftritt, in den Vortragskälen, im Rundfunk, in den Zeitungen — überall das gleiche: Dänische Woche, Nordische Zusammenarbeit, Skandinavismus. Vergessen aller Hader — der nordische Gedanke marschiert.

Marschiert er wirklich? Liegt in dem Scherzwort des Bürgermeisters von Helsingör — auch Finnland und Norwegen sind durch Mitglieder der dortigen Landesgruppen vom Verein „Norden“ vertreten — über die „Vereinigten Staaten von Nordeuropa“ ein tieferer Sinn? Oder ist manches an den schönen Worten über die nordische Verbrüderung nur der Feststimmung zugesprochen? „Skandinavismus“ und „Nordische Zusammenarbeit“ sind keine neuen Begriffe. Schon seit Jahrzehnten tauchen sie bei den Zusammenkünften der skandinavischen Studenten und bei allen nordischen Kongressen auf. Insens Gedicht „Ein Bruder in Nor“ (Dänemark 1864) ist ein klassisches Zeugnis, und die Zusammenkunft der drei nordischen Könige 1914 in Malmsö ein Meilenstein in der Geschichte des „skandinavismus“.

Schon der Norweger Björnstjerne Björnson, der Vorkämpfer des nordischen Gedankens, verwies die Möglichkeit einer Verschmelzung der Nordländer in das Reich der Träume. „Ich habe darunter nie etwas anderes verstanden, als eine Einigkeit selbständiger Völker“, umriss er den Begriff „Skandinavismus“. Doch derselbe Björnson war einer der ersten, der seine Volksgenossen zum Kampf gegen die Union mit Schweden aufforderte und 1905 den Bruch herbeiführte. Und was sagt die geschichtliche Entwicklung der Nordländer zu der Frage des Skandinavismus? In der Union von Kalmar (15. Jahrhundert) alle drei Reiche unter einer Krone vereint; dann kam Norwegen zu Dänemark, später zu Schweden, seit 20 Jahren ist es selbständig. Bis 1809 gehörte auch Finnland zu Schweden, das erst damals seine Weltmachtstellung verlor. In jedem Jahrhundert wurde die Zahl der selbständigen nordischen Staaten größer; schon ist Island autonom, und die Färöer sind auf dem Weg zur Selbständigkeit. Daß diese Entwicklung in Zukunft einen entgegengesetzten Weg gehen könne, daran denkt wohl niemand im Ernst. Die „Vereinigten Staaten von Nordeuropa“ sollen zweifellos nur ein Gegenstück sein zu den „Vereinigten Staaten“. Aber auch die Einigkeit läßt noch manches zur wünschen übrig.

Am wenigsten Explosivstoff ist wohl zwischen den beiden Ländern vorhanden, die die Dänische Woche jetzt in Stockholm zusammengeführt hat: zwischen Schweden und Dänemark. Weit zurück liegt die Zeit, an die das Reiterdenkmal Magnus Stenbocks in Helsingör erinnert, der mit der ausgestreckten Hand über den Deresund nach Helsingör deutet, wosin er die dänischen Regimenter zurücktrieb, die die Rot Karls XII. nach der Schlacht von Pultawa zu einem Einfall nach Schweden benutzten — wie so manchesmal zuvor. Das ritterliche und veröhnliche Schweden hat auch dem westlichen Nachbar die Hand gereicht und das Jahr 1905 vergessen, wo das norwegische Störthing den schwedischen König „außer Funktion setzte“.

Das Verhältnis Schweden—Finnland, das vor wenigen Jahren durch die Mandsfrage aufs äußerste zugespitzt war, hat sich offensichtlich sehr gebessert. Noch immer verhindert aber der innere Sprach- und Kulturgegenatz der beiden Nationalitäten — der schwedische Bevölkerungsanteil beträgt nur 12 v. H. der finnischen Bevölkerung, doch der schwedische Einfluß war bis vor kurzem überragend und Schwedisch noch vor wenigen Jahren die Sprache aller Gebildeten in Finnland — auch außenpolitisch das Aufkommen herzlicher Beziehungen.

Die größte Kluft besteht aber noch immer im Verhältnis Dänemarks zu Norwegen. Nach langen Kämpfen stimmte das norwegische Störthing im vergangenen Jahr den Schiedsgerichtsentscheidungen mit Dänemark zu. Doch die Grönland- und Färöerfrage werden dadurch ebenfalls wenig aus der Welt geschafft, wie die Ansprüche Norwegens auf Rückgabe der geschichtlichen Dokumente, die in der Dänisch-Norwegischen Union nach Kopenhagen entführt wurden. Obwohl sich Dänisch und Norwegisch unter den nordischen Sprachen am nächsten stehen — in Wirklichkeit ist das „rikssmaal“, die norwegische Reichsprache, vom Dänischen außer der Aussprache nur durch die provinzielle Vorliebe für gewisse Ausdrücke unterschieden —, ist der Wesensunterschied zwischen dem grüblerischen, schwerfälligen Norweger und dem beweglichen, geschäftstüchtigen Dänen sehr groß. Und mit sonatlichem Eifer kämpft das „landsmaal“, die Sprache der norwegischen Bauern, gegen das dänisch-norwegische Rikssmaal, das durch die dänischen Beamten ins Land kam und in den langen Unionsjahrhunderten allmählich für die Städter zur Muttersprache wurde, deren fremder Kern nicht mehr empfunden wird.

Der norwegische Sprachkampf hat, da er sich gegen die aus Dänemark ins Land gefommene Sprache richtet, auch außenpolitisch eine gewisse Bedeutung. Die hiemit in Verbindung stehende Umänderung des Namens der norwegischen Hauptstadt Christiania in den ursprünglichen Namen Oslo — um die Erinnerung an den Dänenkönig Christian auszulöschen — hat in Dänemark keine Freude gemacht. (Die alte Hauptstadt Oslo brannte im Jahr 1624 nieder. König Christian IV. von Dänemark, der auch über Norwegen herrschte, ließ eine neue Stadt anlegen, die er Christiania nannte. Oslo sank zu einer Vorstadt herab.) Die norwegische Geschichte läßt es verstehen, daß Norwegen in allen Bindungen eine Beeinträchtigung der nationalen Unabhängigkeit wittert und dem Skandinavismus ablehnend oder zumindest mißtrauisch gegenübersteht, ebenso wie weite Kreise Norwegens ungern von germanischer Verbrüderung und vom germanischen Gedanken sprechen hören. Sie sind Norweger und wollen nichts anderes sein.

Für die Anhänger von „Panuropa“ ist die Entwicklung in den skandinavischen Ländern ein Schulbeispiel: eine Reihe dünnbevölkerter Staaten, die fast die gleiche Sprache und das gleiche Glaubensbekenntnis haben, die in der geographischen und wirtschaftlichen Struktur eine Einheit bilden — und doch von „Vereinigten Staaten von Nordeuropa“ noch recht weit entfernt sind.

Neueste Nachrichten

Die Wirkung des Hindenburgbriefs

Neue Vorschläge Reudells

Berlin, 12. Febr. Das Schreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg an den Reichskanzler Dr. Marx ist, wie der Reichspräsident zu Beginn des Briefs selbst ausführte, der Sorge entsprungen, daß die aus Anlaß der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz entstandenen Schwierigkeiten den Reichstag verhindern würden, die dringend notwendige gesetzgeberische Tätigkeit auf verschiedenen anderen Gebieten zum Abschluß zu bringen. Der Reichspräsident wollte die Koalitionsparteien mit nachdrücklichem Ernst auf die Notwendigkeit hinweisen, in eine sachliche Prüfung darüber einzutreten, ob sich noch eine Möglichkeit finden lasse, dem Schulgesetz eine Kompromißgestalt zu geben, die die Aussicht auf Annahme durch die Mehrheit des Reichstags und auf eine Weiterführung der parlamentarischen Arbeit eröffnen könnte. Der erste Versuch einer solchen Prüfung wurde in einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses unternommen, der am Freitag nachmittag im Reichstag zusammentrat. Vom Reichsministerium des Innern wurden neue Vorschläge zur Beprechung gestellt. Diese werden von den Parteien geprüft werden. Die Verhandlungen des Ausschusses sollen dann am Montag fortgesetzt werden.

Die von dem Reichsminister des Innern vorgelegten neuen Vorschläge sind sehr umfangreich und umfassen wohl alle Punkte des Gegenworts, die zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalitionsparteien geführt haben. Nachdem die Koalitionsparteien, entsprechend dem Wunsch des Reichspräsidenten, in eine sachliche Prüfung der neuen Vorschläge eingetreten sind, tritt fürs erste die vom Zentrum unter Führung seines Vorsitzenden v. Guérard in den Vordergrund gestohene Koalitionsfrage wieder etwas zurück. Zwar hat die Zentrumskraktion in der Sitzung betont, daß alle Möglichkeiten, zu einer Verständigung über die Schulvorlage zu kommen, ausgenutzt werden sollen; sie hat aber zugleich ihre Einmütigkeit darüber festgestellt, daß die Entscheidung darüber spätestens in der nächsten Woche fallen müsse und daß sie es ablehne, in eine zweite Lesung der Vorlage im Ausschuß einzutreten, bevor eine Verständigung erzielt sei.

Es läßt sich feststellen, daß der Brief des Reichspräsidenten zunächst den erfreulichen Erfolg gezeitigt hat, daß eine gewisse Beruhigung und Entspannung infolgedessen eingetreten ist, als die Fraktionsführer zu nochmaliger Beratung zusammengetreten sind. Dieser Erfolg wird jedoch schwerlich die nächste Woche überdauern. Sollte dann eine offene Krise der Koalition und des Reichstags eintreten, so werden die Führer der Koalition zu erwägen haben, welche Möglichkeiten sich bieten für eine beschränkte Fortsetzung der parlamentarischen Arbeiten im Sinn des Briefes des Reichspräsidenten, und in welcher Form die zeitlich beschränkte Weiterführung der Regierungsgeschäfte sichergestellt werden kann. Jedenfalls verlangt der Reichspräsident, daß, falls sich über die Schulfrage eine Einigung nicht erzielen läßt, das Schulgesetz zurückgestellt wird, bis die übrigen wichtigen Gesetzgebungsarbeiten erledigt sind. Es wird behauptet, der Reichspräsident werde einer früheren Auflösung des Reichstags die Genehmigung versagen.

Bauern- und Mittelstandskundgebung in Westfalen

Münster, 12. Febr. Hier fand eine große Kundgebung der Bauern des Münsterlandes und anderer Zweige des Mittelstands aus Handwerk und Kleinhandel statt, an der über 15 000 Personen teilnahmen. Nach einer Ansprache des Frhrn. v. Kerckerling wurde eine Entschleunigung angenommen, die gegen die bisherige Ueberhärdung der Land-

wirtschaft mit Steuern und Abgaben, gegen die Begünstigung der ausländischen Einfuhr, besonders der Schweine und des Gefrierfleisches, die hohen Zinsen usw. Einspruch erhebt. Die Bauern gelobten, einig zu bleiben und nicht zu rufen, bis der Landwirtschaft wieder ihr Recht gegeben werde.

Verhaftungen in Memel

Memel, 12. Febr. Hier wurden 20 jüdische Kommunisten jüngerer Alters verhaftet, die nach dem Mißlingen des Aufstufes vom 17. Dezember 1926 aus Litauen ins Memeler Gebiet geflüchtet waren und ihre wöchentlichen Zusammenkünfte, die angeblich Bildungszwecken dienen sollten, in einer Schule abhielten.

Die deutsche und die englische Kohlenindustrie

London, 12. Febr. In der gestrigen Unterhausung erklärte der konservative Abgeordnete Boothby, er komme lebend aus Deutschland zurück, wo er über die deutsche Industrie Untersuchungen angestellt habe. Es sei erstaunlich, welche Fortschritte diese Industrie dank ihrer vorzüglichen Organisation gemacht habe. Durch die Umordnung und Rationalisierung suche die deutsche Industrie Festigkeit der Erzeugung und der Preise zu erreichen. Die vier Kohlenindustriate haben einen gemeinsamen Rat, während die englische Kohlenindustrie zerstückelt in Europa nach Märkten suche ohne Rücksicht auf Kosten und Preise. Das könne zu nichts Gutem führen. Seit dem Generalstreik haben die britischen Zechenbesitzer mit ihrem Bestreben, die deutsche Kohle um jeden Preis zu unterbieten, jahungswese 100 Millionen verloren, mit dem Ergebnis, daß man in Deutschland einen Vergeltungsfeldzug vorbereite. Dabei könnten England und Deutschland, wenn sie sich verständigen würden, alle Kohlenmärkte der Welt mit Ausnahme Amerikas beherrschen. Die englische Geschäftspolitik werde die Deutschen zwingen, in der Kohlenindustrie die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu vermindern. Diese englische Politik sei in jeder Hinsicht töricht. Die deutschen Zechenbesitzer und Eisen- und Stahlindustriellen wären einer Verständigung mit den Engländern über Märkte und Preise nicht abgeneigt, aber sie sagen mit Recht, mit den 1000 englischen Zechenbesitzern, die meist unter sich selbst uneins sind, könne man keine Verhandlungen führen.

Erregung der Araber gegen Mond

Bagdad, 12. Febr. Auf die Kunde, daß der englische Großkapitalist Alfred Mond nach Bagdad kommen werde, entstand unter den Arabern eine große Erregung. Sie glauben, daß die Reise Monds den Zweck habe, im Irak eine ähnliche jüdische Herrschaft einzurichten, wie sie in Palästina eingerichtet wurde. Etwa 10 000 Araber versammelten sich, um Mond abzufangen, dieser aber wechselte 10 Kilometer vor Bagdad die Automobile und fuhr in anderen Wagen und auf Umwegen mit seiner Frau und einigen Begleitern von einer anderen Seite her in die Stadt.

Der Senat gegen eine nochmalige Aufstellung Coolidges

Washington, 12. Febr. Der Senat hat die von La follette eingebrachte Entschleunigung angenommen, die die Annahme einer dritten Amtsperiode durch einen Präsidenten grundsätzlich verurteilt.

Württembergischer Landtag

Kunst und Theater

Stuttgart, 11. Februar.

In der Fortsetzung der Aussprache über den Haushalt des Kultministeriums wünscht Abg. Heymann, daß das Neue und das Alte Schloß refitor für die Ausstellung der staatlichen Kunstschätze zugänglich gemacht werden. Abg. Brudmann (Dem.) spricht für Unterbringung von Kunstmuseen im Kronprinzenpalast. Abg. Wilder (B.P.) befürwortet die Einrichtung eines Heeresmuseums im Alten Schloß.

Bei Kapitel Landestheater wünscht Abg. Heymann (Soz.), daß man der Theaterleitung völlig freie Hand bei der Auswahl der Theaterstücke lasse. Die Abg. Dingle (B.P.) und Andre (Str.) beantragen, es solle mit der Stadt Stuttgart wegen Erhöhung ihres Beitrags für das Landestheater verhandelt werden, da Stuttgart weit überwiegend den Benutz der Landestheater habe. Abgeordneter Brönne (Komm.) verlangt, daß das Landestheater und sein Orchester allen Kreisen und Vereinigungen für Auführungen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Koss (B.P.) wünschte die Unterstützung des Deutschen Bühnenvolksbunds, der auf christlicher, nationaler Grundlage steht, während sich die Stuttgarter Volkshöhe einem politisch links orientierten Verband angeschlossen habe. Ein Theater, das den Namen des Landes trage, dürfe niemals eine Kunstpolitik treiben, die den Empfindungen der Mehrheit des Landes ins Gesicht schlage. Frau Rist (Str.) erklärte, unter den heutigen Verhältnissen sei die Erhaltung des Theaters ein Luxus, der nur erhalten werden könne, wenn der Landtag auch mitzuspochen habe. Die Theaterleitung müsse die Einsicht haben, daß gewisse Stücke nicht ins Landestheater gehören. Wenn sich die heutigen Theater-



